

DAS URAN MUSS IN DER ERDE BLEIBEN!

Uranabbau

Reaktoren

Atomtests

Nuklear
Katastrophen



aus: Akwesasne Notes

Gefahr für Natur, Mensch und Kultur!

Uranabbau- und Atomtestopfer: Ureinwohner berichten.

ABORIGINES / Australien

POLYNESIEN / Pazifik

CREE-Indianer / Kanada

LAKOTA- und HOPI-Indianer / USA

Begleitmappe zur Aktion Atomwirtschaft kontra Umwelt u. Menschenrechte (11.—30. 4. 1988)



BUND

für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND) e.V.

&

**GESELLSCHAFT FÜR
BEDROHTE VÖLKER e.V.**

— AKTIONS-DOKUMENTATION —

vorläufige Kurzfassung, Stand 11.6.88

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER



BUND

Menschenrechtsorganisation für
ethnische, rassische und religiöse Minderheiten
Gemeinnütziger Verein
- Regionalgruppe Freiburg -
c/o GfbV-Bundesbüro
Postfach 2024
D-3400 Göttingen
Tel. 0551-55822/3

Bund
für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND) e.V.
c/o BUND Landesverband
Baden-Württemberg e.V.
Erbprinzenstr. 18
D-7800 Freiburg
Tel. 0761-35254

FR/gL
9. Juni 1988

DAS URAN MUSS IN DER ERDE BLEIBEN !

v o r l ä u f i g e D o k u m e n t a t i o n

(Stand 9. Juni 1988)

Name der Aktion:	Aktion Atomwirtschaft kontra Umwelt- und Menschenrechte
------------------	---

Motto: Das Uran muß in der Erde bleiben. Denn es wird Mensch und Natur töten.
(in Anlehnung an "Leave the Uranium in the Ground" des Indigenous Uranium Forum der ersten Weltkonferenz der Strahlenopfer, New York, 1987)

Inhalt der Aktion: Öffentlichkeitsorientierte Informationsrundreise gegen Uranabbau und Atomwaffentests, für Umweltschutz und Menschenrechte durch die Bundesrepublik Deutschland (mit Abstechern nach CH-Basel und NL-Utrecht) mit 9 Vertretern von Ureinwohnervölkern (indigenen Völkern) aus den USA, aus Kanada, Australien und Polynesien im Zeitraum vom 10./11. - 30. April 1988

Träger der Aktion: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) gemeinsam mit der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV), D-34 Göttingen (federführend für den BUND: Landesverband Baden-Württemberg e.V., D-78 Freiburg)

Koordination, überregionale Organisation und Initiatoren: Dr. Georg Löser } beide zu erreichen über BUND-
(für BUND) } Landesgeschäftsstelle, Erbprinzenstr. 18, D-78 Freiburg.
Günter Wippel }
(für GfbV)

Regionale Organisation und Unterstützung: Organisation und Verantwortung für regionale Veranstaltungen lag in den Händen örtlicher/regionaler Vereinigungen und Unterstützergruppen.

Die Abgesandten von Ureinwohnervölkern: Auf Einladung von BUND und GfbV haben als Gäste und Sprecher an der Aktion mitgewirkt:

- Marylin Harris und Orlan Tewa für die Independent Hopi Nation, Arizona/USA (Uranbergbau)
- Pauline Esteves, Umweltschutzsprecherin des National Council der Western Shoshone Nation, Nevada/USA (Atomwaffentests/, Atommülllager)
- James Garrett, Umweltschutzsprecher des Lakota Treaty Council, dem traditionellen Vertragsrat der Lakota-Sioux, Süd-Dakota/USA (Uranbergbau)
- Adele Ratt und Faye Ahdemar, Cree-Nation, für den International Uranium Congress, Saskatchewan/Kanada (Uranbergbau)
- Joan Wingfield für das Kokotha People's Committee und die Treaty-88-Organisation für Landrechte, Australien, (Uranbergbau und Atomwaffentests)
- Richard Brooks, Pitjantjatjara-Volk, für die südwestlichen Pitjantjara von Coonana (Atomwaffentests und Uranbergbau)
- Charlie Ching, Tahiti, Sprecher der Antiatomwaffentestbewegung und einer Unabhängigkeitspartei in Polynesien (südlicher Pazifik)

STICHWORTARTIGER ÜBERBLICK ÜBER DIE STATIONEN DER RUNDREISE

<u>WANN</u>	<u>WO</u>	<u>WAS/ ZU WEM</u>
10.4.	Wyhl/Weisweil	Besuch bei badisch-elsässischen Bürgerinitiativen; symbolische Aktion am ehemaligen Bauplatz des Atomkraftwerkes Wyhl; Vortragsabend mit Bürgerinitiativen
11.4.	Freiburg	bundesweite Eröffnungspressekonferenz; Empfang beim OB der Stadt Freiburg (mit Presse)
11.4.	Basel (CH)	Empfang durch die Regierung des Kantons; Essen mit Parlamentariern; Pressekonferenz; Vortragsabend im Bernoullianum
12.4.	Waldshut/Hochrhein	Gespräch mit Vertretern des Landratsamtes; Pressekonferenz
12.4.	Menzenschwand und Aule/Hochschwarzwald	Besuch am Uranexplorationsbergwerk (symbol. Aktion); Treffen mit Förstern zum Thema Waldsterben, jeweils mit Presse
12.4.	Freiburg	Vortragsabend im Haus der Jugend
13.4.	Kehl	Gespräch (mit Presse) mit MdEP Beate Weber, Vorsitzende des Umweltausschusses des Europaparlaments
13.4.	Stuttgart	nichtöffentl. Gespräch mit MdL Decker (CDU-Umweltsprecher); Vortragsabend an der Universität
14.4.	Tübingen	Empfang bei der Stadt; Pressegespräch; Vortragsabend an der Universität
15.4.	München	Pressekonf. u. Anhörung bei den Grünen im Landtag; Anhörung bei der SPD-Landtagsfraktion; Vortragsabend an der Universität
16.4.	Regensburg	aktive Teilnahme an "75-Jahre Bund Naturschutz" und Baumpflanzaktion; Essen (mit Presse); Vortragsabend mit Ev. Erwachsenenbildungswerk
17.4.	Schwandorf	Pressekonferenz und Essen mit Landrat Schuirer
17.4.	Wackersdorf	aktive Teilnahme an Andacht beim Franziskus Marterl am Bauplatz der WAA Wackersdorf
17.4.	Weißensstadt/ Fichtelgebirge	Vortragsabend bei regionalen Initiativen gegen Uranbergbau im Fichtelgebirge (T.d.D.);
17./18.	Nürnberg	Vortragsabend mit Kirchl. Entwicklungsdienst Bayern u.a. (T.d.D.); Empfang beim OB der Stadt; Pressekonferenz mit Bund Naturschutz
18./19.	Hanau	Vortragsabend; Gespräch mit Vertretern und Gewerkschaftern der Hanauer Atomindustrie
19.4.	Walldorf- Mörfelden	Pressegespräch mit EKD-Umweltbeauftragtem Prof. Kurt Oeser

19.4.	Mannheim/ Ludwigshafen	Vortragsabend
20./21.	Bonn	Filmabend mit Aussprache; Anhörung bei SPD-MdBs Gernot Erler und Dietmar Schütz; presseöffentl. Anhörung mit Bundesagsfraktion der Grünen (Petra Kelly, Wolfgang Daniels und zahlr. weitere MdBs); Gespräch mit Jugendlichen in der Stadtbibliothek
21.4.	Köln	Abendveranstaltung mit Friedensbildungswerk
22.4.	Bonn	Gespräch mit Vorsitzendem des Bundestagsausschusses für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung (MdB Pohlmann) sowie MdB Graf Waldburg-Zeil
22.4.	Köln	Empfang beim OB der Stadt (mit Presse)
22.4.	Bonn	Abendveranstaltung
23./24.	Bad Dürkheim/ Pfalz	Seminar mit Ev. Landesjugendamt
24.4.	Kaiserslautern	Vorträge beim Forum der Ev. Kirche für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung (T.d.D.).
24.4.	Hasselbach/ Pfalz	Teilnahme an Feldandacht mit Ev. Christen, am Eingang zu Cruise Missile-Stützpunkt (T.d.D.)
24.4.	Enkenbach/Pf.	Filmvorführung, Kurzreferate (T.d.D.)
24.4.	Bell/Hunsrück	Vortrag bei Friedensinitiative (T.d.D.)
24.4.	Ellweiler/ Pfalz	Besuch bei Bürgerinitiativen gegen die Uranbearbeitungsanlage Ellweiler (T.d.D.)
25.4.	Tübingen	Teilnahme an der Eröffnung einer Ausstellung über Hopi-Kultur und Uranabbaugefahren (Hopi)
25.4.	Mainz	Anhörung bei der Fraktion der Grünen im Landtag (mit Presse)
25./26.	Düsseldorf	Vortragsabend; Empfang beim OB der Stadt (26.4. T.d.D.)

2. Jahrestag der Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl, 26. April 1988:

26.4.	Bochum	Gespräch mit Presse bei Professor Kaminski (Hopi)
26.4.	Mönchengladbach	Empfang bei OB der Stadt, Solidaritätsadressen ausgetauscht, mit Presse (Australien)
26.4.	Herne	Pressegespräch und Information im Informationszentrum 3. Welt des Ev. Kirchenkreises, (T.d.D.) mit Pfarrer Rohr
26.4.	Münster	Vortragsabend an Fachhochschule
26.4.	Rheine/Ems	Empfang bei Bürgermeister; Pressegespräch; Vortragsabend (Kanada)
27.4.	Utrecht(NL)	Pressekonferenz mit niederländischen Organisationen (u.a. Milieudéfensie) (Kanada, Australien)
27.4.	Osnabrück	Empfang bei der Stadt; Pressegespräch; Vortragsabend an der Universität (T.d.D.)
27.4.	Gütersloh	Pressegespräch im Rathaus; Filmabend mit Aussprache (Hopi)
28./29.	Göttingen	Vortragsabend; Besichtigung der GfbV-Uran-Ausstellung; presseöffentlicher Empfang durch den OB der Stadt
29./30.	Hamburg	2-tägiges Seminar mit Abschlußgesprächen

T.d.D. = Teil der Delegation

WARUM diese Aktion?

1. Inhaltliche Gründe

- 1.1 Atomstrom und nukleare Abschreckung der westlichen Siegermächte werden auch in der Bundesrepublik auf dem Rücken von Ureinwohnervölkern bereitgestellt. 99 % des bundesdeutschen Uranbedarfs werden importiert.
- 1.2 Die von der Atomlobby, der Bundesregierung und Landesregierungen wie Waschmittel als "sauber" gepriesene Atomenergie erweist sich bei näherem Hinsehen schon bei den ersten Schritten Uranbergbau und Uranaufbereitung, als ökologische und menschliche Dauerkatastrophe. Das Dunkel über dem Uranbergbau muß gelüftet werden!
- 1.3 Nach Angaben des Indigenous Uranium Forum, dem Ureinwohner-Uranforum, befinden sich 72% der weltweiten Uranvorkommen auf dem Grund und Boden der Indianer bzw. von Ureinwohnervölkern.
- 1.4 Viel zu wenig bekannte Umweltkatastrophen, viel zu wenig bekannte Naturzerstörung, Verletzung von Menschenwürde und -rechten und "radioaktive Kolonisierung" sind die Folgen des Uranbergbaus für zivile (und früher hauptsächlich militärische) Zwecke in diesen Gebieten.
- 1.5 Bundes- und Landesregierungen und deutsche Gemeinden sind daran über ihre Beteiligungen an deutschen Uranunternehmen und als Atomstromförderer und -verbraucher direkt bzw. indirekt mitbeteiligt.
- 1.6 Die deutschen Uranfirmen und ihre Partnerfirmen sind i.d.R. tätig auf Land, das nicht ihnen, sondern Ureinwohnervölkern zusteht. Uranbergbau und Atomstromerzeugung bedeuten daher auch aus diesem Grund indirekt Beteiligung an der Bedrohung indigener Kulturen.
- 1.7 Die deutsche Bundesregierung, die Landesregierungen und die z.T. indirekt beteiligten Städte und Gemeinden können nicht aus der Verantwortung für die Schäden und Bedrohungen entlassen werden, die im Rahmen der Uranexploration und des Uranbergbaus der Natur und der Umwelt einerseits und den indigenen Völkern andererseits zugefügt werden.

1.8 Diese Völker haben stets gewußt, in Frieden mit der natürlichen Umwelt zu leben. Dies verstehen wir als weitere Botschaft, die die Sprecher und Sprecherinnen der Ureinwohnervölker neben ihrer Klage in diesen Tagen für die deutsche Bevölkerung mitbringen.

1.9 Der Widerstand gegen die fortdauernde Zerstörung der Umwelt und das Eintreten für Ureinwohnervölker, die unter unserem Raubbau an der Natur und damit in Zusammenhang stehenden Menschenrechtsverletzungen leiden, sind zwei Dinge, die zusammengehören.

2. Sachlich-strategische Gründe

- 2.1 Neuer, d.h. in der deutschen Öffentlichkeit bisher fast unbeachteter Aspekt der Atomenergiedebatte. Uranabbau und Uranaufbereitung sind Gründe genug für den Ausstieg aus der Atomenergie.
- 2.2 Mit Emotionen verbundene Sachdiskussion erreicht Herz und Verstand: menschliche und Umweltkatastrophen durch Uranbergbau infolge unserer Energieverschwendung; Ureinwohnervölker sind in ihrer traditionellen Existenz bedroht; Mitgefühl mit bedrohten Völkern, das zu umwelt- und menschenrechtspolitischer Hilfe führt.
- 2.3 Öffentlichkeits- bzw. pressewirksame Aktion mit Delegation in bisher einmaligem Umfang und einmaliger Zusammensetzung; Besuche von Oberbürgermeistern und Parlamentariern, symbolischen Orten und zahlreichen Städten als "Aufhänger" für breite Berichterstattungen (gelungen).
- 2.4 Beitrag zu wirklich globaler Umweltverträglichkeitsprüfung in weltweitem Rahmen statt BRD- oder EG-begrenzt. Mit Atomenergie leben wir auf dem Rücken von Ureinwohnervölkern bzw. zu Lasten deren Umwelt.
- 2.5 Die Unterstützung von Ureinwohnervölkern in ihrer Arbeit zum Schutz des Lebens vor Uranbergbau (und Atomwaffentests) ist ein notwendiger Beitrag als symbolische Wiedergutmachung für den zugefügten Schaden.

- 2.6 Die Aktion führte (als lokale persönliche Initiative zweier Mitglieder von BUND bzw. GfbV in Freiburg begonnen) zur erstmaligen Koordination von BUND und GfbV auf Landes- und Bundesebenen. Die zahlreichen regionalen Veranstaltungen ergeben die Möglichkeit, ein breites Bündnis aufzubauen von Organisationen und aktiven Einzelpersonen aus den Bereichen Umwelt, Antiatom, Menschenrechte, Frieden, Kirche, 3.(4.)Welt u.a.
- 2.7 Mit der großen Anzahl von Veranstaltungen konnten ca. 5.000 z.T. sehr interessierte Personen und viele/direkt und über die Presse Millionen von Deutschen erreicht werden (vgl. umfangreiches Presse-echo).
- 2.8 Nach der Aktion von BUND und GfbV kann kein Politiker mehr sagen, er habe es nicht wissen können, was Atomenergie, hier Uranbergbau, für Mensch und Natur bedeutet.

Kooperation

Multiplizieren

6. Der Widerstand gegen die fortdauernde Zerstörung der Umwelt und das Eintreten für Ureinwohnervölker, die unter unserem Raubbau an der Natur leiden, sind zwei Dinge, die zusammengehören.
7. Die deutsche Bundesregierung, die Landesregierungen und die z.T. indirekt beteiligten Städte und Gemeinden können nicht aus der Verantwortung für die Schäden und Bedrohungen entlassen werden, die im Rahmen der Uranexploration und des Uranbergbaus der Natur und der Umwelt einerseits und den indigenen Völkern andererseits zugefügt werden.
8. Die Bundesrepublik muß sich verpflichtet fühlen, den Ureinwohnervölkern auf geeignete Art Wiedergutmachung zu leisten. Dabei ist vor allem der bedrohten Natur zu helfen und der Eigenverantwortlichkeit dieser Völker zu dienen.

(aus der Pressemit. v. 11.4.88, LV/GfbV)

Forderungen von BUND und GfbV

1. Die Bundesrepublik muß unverzüglich aus der Atomenergie aussteigen, und dies in Verbindung mit schnell wirksamen Energiespar- und Stromsparprogrammen und weiteren Luftreinhaltungsmaßnahmen durchführen. Uranabbau und Uranaufbereitung sind Gründe genug für den Ausstieg aus der Atomenergie.
2. Die Beteiligung an Uranbergbau und Uranbezüge ist einzustellen und gesetzlich zu verbieten. Das Uranexplorationsprogramm der Bundesregierung ist unverzüglich und vorzeitig zu beenden.
3. Die Atomwaffentests müssen ebenfalls unverzüglich eingestellt werden.
4. Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit der Energieversorgung müssen global, also weltweit geprüft werden.
5. Auch die indigenen, "eingeborenen" Völker müssen nach Art. 1 des Weltpakts für wirtschaftliche und konventionelle Rechte der Vereinten Nationen (1966) als Völker betrachtet werden. Damit muß ihr Recht auf Selbstbestimmung auch bezüglich der Exploration und des Abbaus von Ressourcen auf ihrem Land anerkannt werden.

1 sind

Soziale und kulturelle

UREINWOHNER-URANAKTION : KERNAUSSAGEN

FR/yl 76 83

die sich aus den Reden der Vertreter indigener Völker aus Nordamerika, Australien und Polynesien während der Aktion "Atomwirtschaft contra Umwelt und Menschenrechte" von BUND und GfbV im April 1988 ergeben haben.

1. Die betroffenen indigenen Völker (Ureinwohnervölker) wollen mit ihrer Gesundheit, ihrem Leben, ihrer Kultur und ihren Lebensgrundlagen keinen Tag länger geopfert werden für den verschwenderischen Lebensstil, der in den industrialisierten Staaten ausgeübt wird. Atomenergie und Uranabbau werden als Mittel für diesen bedrohlichen Lebensstil erkannt.
2. Uranbergbau, der bei Natur und Mensch seit Jahrzehnten, jetzt und bei zukünftigen Generationen große Opfer fordert, muß sofort beendet werden. Das gilt ebenso für Uranexploration (Aufsuche) und Atomwaffentests. Fortsetzung von Uranbergbau und Atomwaffentests wird direkt oder indirekt zum Völkermord an indigenen Völkern, kulturell und physisch, beitragen.
3. Anfang und Ende der "nuklearen Kette" liegen weit überwiegend auf Land, das indigenen Völkern zusteht:
 - Uranbergbau und Uranerzverarbeitung; hieraus entstanden bis heute weltweit einige 100 Millionen Tonnen stark radioaktiver Müll,
 - die Absicht, Atommüll aus Atomkraftnutzung und anderen Quellen auf indigenem Land "endzulagern",
 - Atombombentests (als militärisches Ende der nuklearen Kette) auf indigenem Land.Damit haben die Ureinwohner die schlimmsten Teile der nuklearen Kette aufgezwungen erhalten.
4. Die gegenwärtigen und projektierten Uranbergbaugebiete sind i.d.R. seit Menschengedenken Tabuzonen, heilige Zonen für indigene Völker. Ihre seit Jahrtausenden mündlich überlieferten Sagen, die wohl ihre geschichtliche Erfahrung diesbezüglich beinhalten, berichten von der Gefahr, die von diesen Gebieten, inzwischen als Uranlagerstätten erkannt, ausgeht. Der Uranbergbau und die sich anschließende Uranerzverarbeitung setzen die von der Erde zuvor weitgehend verborgenen Gefahren in Form von Radioaktivität und Schwermetallen frei. Wind- und Wassererosion, Unfälle und schleichende Verseuchung vergiften über kurz oder lang die umliegende Region für Jahrtausende: Opfergebiet - getötete Erde. Die z.T. offizielle Ausweisung als "Nationale Opfergebiete" macht deutlich, daß Regierungen und Uranfirmen den Tod ganzer Landstriche in Kauf zu nehmen bereit sind.
5. Die militärische und heute überwiegend zivile Ausbeutung der Uranerze ist ein sehr wichtiger Teil der lebensbedrohenden Probleme, mit denen sich Ureinwohnervölker derzeit auseinandersetzen müssen. Sie ist in Ursache und Wirkung eng verwoben mit
 - der Entrechtung bzw. der Nichtanerkennung von Rechten von Ureinwohnern bzw. indigener Völker durch die jeweiligen Nationalstaaten,
 - Kulturzerstörung und Assimilationsdruck und Fremdbestimmung,
 - Alkoholismus, Drogenproblemen und der allgemein schlechten Gesundheitslage,
 - sehr hoher Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit, "Wohlfahrts"system, Armut und Kleinkriminalität,
 - Menschenrechtsverletzungen und "radioaktiver Kolonisierung" unter

Einsatz der zerstörenden Wirkung von Geld zum Abhängigmachen und von Spaltungsprozessen durch Teilung indigener Bevölkerung in verschiedene Verwaltungskategorien.

6. Indigene Völker können nur dann, und das heißt unter Wahrung ihrer Traditionen und Identität, überleben, wenn der Druck der weißen Überflußgesellschaften auf die Ressourcen und natürlichen Lebensgrundlagen der indigenen Völker entscheidend verringert bzw. bei Uranabbau und Atomwaffentests beendet wird. Das kann nach Ansicht der Vertreter indigener Völker nur durch Selbstbestimmung für diese Nationen unter Wahrung ihrer Landrechte erreicht werden.
7. Indigene Völker haben seit Urgedenken eine religiös-spiritualistische Bindung an ihr Land und zur Natur. Das Land ist ihnen heilig; mit der belebten Natur fühlen sie sich verwandt. Eine Zerstörung des Landes ist daher untrennbar verbunden mit der Zerstörung der Identität der Menschen. Die entstehenden Schäden sind entgegen weit verbreiteten Ansichten nicht mit Geld zu kompensieren. Das gilt auch dann, wenn Ureinwohnergruppen nach Falschinformation oder unter unausweichlichem Druck Uranbergbau auf ihrem Land zugestimmt haben.
8. Indigene Völker haben stets gewußt, in Frieden mit der Natur zu leben, sie verstehen sich als Hüter der Natur und haben stets versucht, die Gesetze der Natur zu erfüllen. Sie sind Mentoren auch für die Ökologiebewegung der "zivilisierten" Länder. Der Widerstand hier wie dort gegen die Bedrohung von Natur, Mensch und Umwelt insbesondere durch die Atomindustrie und das Eintreten für die Rechte der Ureinwohnervölker, sind Dinge die zusammengehören.



WANN
WO
WER
WAS

AKTION ATOMWIRTSCHAFT KONTRA UMWELT UND MENSCHENRECHTE
- das Uran muß in der Erde bleiben-

FR/g L 2.6.88

hier: Besonderes und einige Ergebnisse während der Rundreise

1. **BASEL:**
Die Resolution an den Schweizer Bundesrat wurde in offiziellen Nachrichten erwähnt. Der Kantons-Regierungschef von Basel-Stadt, Feldges, sieht sich in Ablehnung der Atomenergie gestärkt anläßlich offiziellem Empfang bei Kantonregierung, der in sehr guter Atmosphäre durchgeführt wurde.
2. **FREIBURG:**
Die Eröffnungspressekonferenz hat per dpa-Foto und dpa-Meldung sehr viele Zeitungen in der ganzen Bundesrepublik erreicht, sowie die Titelseiten von Frankfurter Rundschau und Badischer Zeitung mit größeren Meldungen.
3. **WALDSHUT/MENZENSCHWAND:**
Die Presseaktivitäten und Veranstaltungen haben mit dazu geführt, daß der Stadtrat von St. Blasien (einschließlich Menzenschwand/Hochschwarzwald) sich wenige Tage später einstimmig gegen das Uranbergwerk Menzenschwand ausgesprochen hat.
4. **KEHL:**
MdEP Beate Weber (SPD), Vorsitzende des Unterausschusses des Europaparlaments ist zu persönlichen Unterstützungsschreiben und zur Einbringung des Themas Uranbergbau in das Europaparlament bereit. Hierbei ist Unterstützung von seiten BUND und GfbV erforderlich. Frau Weber war von der Problematik des Themas z.T. überrascht, sehr aufgeschlossen und hat die Inhalte bereits weiterverbreitet.
5. **STUTTGART:**
MdL Decker, Umweltsprecher der CDU-Landtagsfraktion hat die Statements der Ureinwohner während der zweistündigen nicht-öffentlichen Anhörung (zusammen mit parlamentarischem Berater Baumgartner, der den Termin ohne Deckers Wunsch nicht durchgeführt hätte!) mit Zurückhaltung und ausweichender Unkenntnis (betreffend des Themas) aufgenommen. Er bot dem BUND fortgesetzte Gespräche an und wurde zu den Lakota-Sioux eingeladen.
6. **MÜNCHEN:**
 - 6.1. Die Grünen im Landtag teilten mit, daß diese Pressekonferenz (verbunden mit Anhörung) die beste bisher im Landtag zu internationalem Thema gewesen sei. (Die Presse bleibt 2 Stunden)
 - 6.2. Die nichtpresseöffentliche Anhörung bei der SPD Landtagsfraktion (MdL Kolo, Umweltsprecher; MdL Hedda Jungfer; stellv. Vorsitz.; MdL Carmen König, Vors. Ausschuß f. Bundesangel. u. Europa; N.N., Sprecher für Soziales) führt zur Bereitschaft von SPD-Sprechern, sich betr. Kanada und Australien für Belange der Ureinwohner in Umwelt- und Menschenrechtsfragen einzusetzen. Aussprache über Autonomie und Souveränitätsfragen erweist sich für die SPD (auch sprachlich) als schwierig.



WANN
WO
WER
WAS

-2-

6.3. Die CSU hatte einen Termin, auch einen interfraktionellen abgelehnt, was über den BUND (Dr. Löser) an die Presse mitgeteilt wurde.

6.4. Eine Resolution an Bundeskanzler Kohl wurde von den Anwesenden der Abendveranstaltung verabschiedet.

7. **REGENSBURG:**

Die Ureinwohnerdelegation erhält die Gelegenheit, bei der Delegiertenversammlung anlässlich **75-Jahre Bund Naturschutz** kurz vorzutragen. Hubert Weinzierl, 1. Vorsitzender des BUND begrüßt und dankt und erhält von J. Garrett (Lakota) ein selbstgemaltes Bild zum Thema.

8. **SCHWANDORF/WACKERSDORF:**

Der Kontakt mit dem Widerstand gegen die WAA (Landrat Schuirer, Bürgerinitiativen, Diaserie über Widerstand, Besuch am Bau"zaun", aktive Teilnahme an Andacht am Franziskus Marterl) unter Mitwirkung des Tübinger Theologen Prof. Greinacher hat die Ureinwohner **außerordentlich beeindruckt**. Sie haben den Einspruch gegen die WAA ebenfalls unterzeichnet. Der "Atombischof" Müller, Regensburg, hatte das erbetene Gespräch abgelehnt.

9. **NÜRNBERG:**

9.1. Die Vertreter des **Kirchlichen Entwicklungsdienstes** (Herr Schuster, Herr Schöll) sind außerordentlich dankbar und aufgeschlossen gegenüber der Aktion und sehen, daß indigene Völker in Staaten der "1. Welt" in sehr problematischer Lage sind.

9.2. Der **OB von Nürnberg**, Dr. Peter Schönlein hält eine sachlich engagierte Begrüßungsrede.

9.3. Dr. Weiger vom Bund Naturschutz weist auf die 1981er Europäische Anti-Urankonferenz des Bund Naturschutz in Bad Alexandersbad hin und die Aktivitäten der Uranfirmen im Fichtelgebirge.

10. **HANAU:**

Ein spontanes **Gesuch** seitens der Delegation führt zu einem einstündigen Gespräch mit drei Vertretern von Nukem und Alkem vor dem Werkstor. Die beiden Betriebsräte zeigen sich bestürzt, und schlagen vor, daß sie selber in Richtung Verbesserung der (schlimmen) Zustände tätig werden.

11. **WALLDORF-MÖRFELDEN:**

An Prof. Oeser, Umweltbeauftragten der EKD (Ev. Kirche Deutschlands) werden von der Delegation und vom BUND zahlreiche Vorschläge zur Hilfe gegeben, die er wohlwollend prüfen will.

5

← Gesuch
← Alkem
← beiden

-3-

AN

VON



WANN
WO
WER
WAS

-3-

12. **BONN (Bundestag) 21./22.4.88**

12.1. **Umweltminister Töpfer** hatte das Gesprächsgesuch aus Termingründen abgesagt.

12.2. Mit der **SPD-Bundestagsfraktion** kam es zu einem freimütigen, nicht öffentlichen Gespräch, dem leider nur zwei MdBs (Gernot Erler, Freiburg, und Dieter Schütz (Umwelt), Niedersachsen), sowie Fr. Herzog von der SPD-Umweltgruppe beiwohnten. Die SPD gab anschließend eine unterstützende Pressemitteilung heraus. (Die SPD eröffnete fast zeitgleich ein Nord-Süd-Forum, parallel lief die Töpfer-Erklärung zu Nukem). Mit anwesend: H. Meiners, BUND-Beirat.

12.3. Bei der presseöffentlichen Anhörung bei der **Grünen Bundestagsfraktion** waren anwesend die MdBs P. Kelly, W. Daniels (Regensburg), Lili Wollny (Gorleben), ex MdEP D. Piermont, ex MdB Bastian und E. Quistorp, parlam. Berater F. Wolf sowie ~~die~~ indigenen Gäste die wahren Freunde der Erde seien und wir in Bescheidenheit zu lernen haben. - Die Grünen werden eine Person zum (Anti-) Urankongress nach Saskatchewan (Juni '88) entsenden.

12.4. G. Erler (SPD) und W. Daniels (Grüne) erklären sich auf Betreiben des BUND bereit, eine **große Anfrage im Bundestag** zu betreiben in Zusammenarbeit mit BUND und GfbV, vorzubereiten im Herbst 1988.

12.5. Die Anhörung beim **Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**, die auf Vorschlag des entwicklungspolitischen Referenten der CDU/CSU, Ingo Scholz, kurzfristig zustande kam, litt darunter, daß der Ausschuß für Völker, die in Nationalstaaten der "1. und 2. Welt" leben, nicht zuständig ist, auch nicht für (frz.) Polynesien, wie sich herausstellte. Der Ausschuß-Vorsitzende (MdB Pohlmann CDU; außerdem zeitweise anwesend: Graf Waldburg-Zeil) äußerte Betroffenheit aufgrund des Vorgetragenen. Andere Parteien waren nicht vertreten. Parallel lief eine aktuelle Stunde im Bundestagsplenarsaal (1. Woche nach Parlamentspause).

12.6. **Allen MdB** (außer ndP. Kelly) waren das Ausmaß der Probleme des Uranbergbaus und die weiteren Probleme indigener Völker mehr oder weniger **neu**. - Die Gesprächsgesuche waren Mitte Februar '88 an den Bundestagspräsidenten und die Parteivorstände geschickt worden.

13. **KÖLN:**

Die **Stadt Köln** wird ein schriftliches Protokoll der Reden anlässlich des offiziellen Empfangs erstellen für die Stadtratsfraktionen und ggf. im Stadtrat zum Thema tagen.

-4-

12
10
d
← X der *

12
-

S

AN

* Pressesprecher. P. Kelly dankt BUND und GfbV und betont, daß die

VON



WANN
WO
WER
WAS

-4-

14. **MAINZ:**

Die Grünen im Landtag schlagen anlässlich der Anhörung bei Ihrer Fraktion vor a.) eine Bundesratsinitiative, b.) einen Anti-Uralkongress in der Bundesrepublik unter Beteiligung etwa des BUND.

*fr. Grüne im Landtag
))*

15. **OSNABRÜCK:**

Sehr beeindruckend setzen sich Vertreter der Universität Osnabrück ein bei den Terminen an der Universität. Der Pressesprecher und der Vizepräsident wohnen den Veranstaltungen bei.

fr. Universität

16. **GÖTTINGEN:**

OB Levi hält eine engagierte Begrüßungsrede, die an die «Göttinger 18» von 1957 anknüpft.

*die
« »*

17. **HAMBURG:**

17.1. Das **Netzwerk-Gespräch** ergibt vor allem Möglichkeiten zur Hilfe beim Messen von Proben auf Radioaktivität durch verschiedene Nach-Tschernobyl-Organisationen, die über Gammaskpektrometer verfügen.

**)*

17.2. Zwei gemütliche Abende der Tourbegleitung mit den Ureinwohnern bestärken die gewonnene **Freundschaft**.

17.3. Ein Abschlußgespräch der Tourbegleitung mit den Ureinwohnern führt zu einer **Aufgaben- und Projektliste** (separat).

Dr. Georg Löser, 2. Juni 1988

AN

**) auch der BUND verfügt über solche Geräte, bzw. hat Zugang.*

VON



anlässlich der Aktion Pressearbeit "Atomwirtschaft kontra Umwelt und Menschenrechte" - Das Uran muß in der Erde bleiben				FR/gL 4.6.88
WANN WO WER WAS	DATUM	WAS	WER	AN WEN
	25.3.	PM Vorankündigung (bundesweit)		
	05.4.	PM Einladung zur Eröffnungspressekonferenz		
	06.4.	PM Einladung zum Pressegespräch Waldshut		
	08.4.	J Tel. Interview für Basler Ztg. 11.4.	Dr. Löser	Ruedi Suter/T.4411- Colmarer S.14/4055- Basel
	08.4.	PM Einladung zur Veranstaltung 12.4. in Freiburg		
	08.4.	Pressefototermin am Bahnhof in Freiburg		
	10.4.	J Pressetermine in Wyhl und Weisweil	Richard Brooks	Badische Ztg. und SWF (Faraggi) 9 Pressevertreter (Liste) dpa-foto u.a.
	11.4.	PK Bundesweite Eröffnungspressekonferenz in Freiburg		
	11.4.	+ PM bundesweit		
	11.4.	FS BUND-Bonn zur Aktion		
	11.4.	FS Gesellsch. f. bedrohte Völker, Göttingen		
	11.4.	R-J Kurzinterview für SWF (aktuelle Mittagssendung)	Dr. Löser	Faraggi (F)
	11.4.	R 1-stündige Life-Diskussionssendung 17.05-18.00 Uhr mit Konferenzschaltung, SWF-Forum II	Dr. Löser + G. Wippel	Faraggi
	11.4.	P Empfang mit Presse bei OB Stadt Freiburg		
	11.4.	P Empfang mit Presse bei Regierung Kanton Basel-St.		
	11.4.	P Essen mit Presse bei Land- u. Großräten in Basel		
	11.4.	PK Basel		
	12.4.	J Interview für Frauenzeitschrift	Adele-Ratt + Faye Ahdemar	
	12.4.	PK Waldshut, im Landratsamt		
	12.4.	Pressetermin Menzenschwand, vor Uranbergwerk		
	13.4.	R-J 7.20 Uhr RIAS I Berlin, Lifeinterview	Dr. Löser	V. Bühler/T. Wiecher
	13.4.	R-J 7.40 Uhr Radio N1 Nürnberg, Lifeinterview Bucher Str. 3, 85 Nürnberg 90	Dr. Löser	Stefan Schneider 0911-37197, Hr. Nebe
	13.4.	PK Kehl, mit MdEP Beate Weber		4 Pressevertreter
	14.4.	R-J 8.20 Uhr, Seefunk, Konstanz, Lifeinterview	E. Schulz	
	14.4.	R-J 19.00 Uhr, S3 Abendschau (Menzenschwand)		
	14.4.	PK Tübingen		6 Pressevertreter siehe 18.4.
	15.4.	R-J Radio Primavera, Aschaffenburg	E. Schulz	
	15.4.	PK anlässlich Anhörung bei Grünen im Landtag München		7 Pressevertreter
	15.4.	R-J Kurzinterview (≈5min) für Radio München 1 Umweltredaktion	Dr. Löser	Antje Schmid Fraunhofers.23(P) 8 M.5

HINWEIS: Das Presseecho ist mit inzwischen rund 200 Ausschnitten sehr groß und noch nicht vollständig.
HINWEIS: praktisch alle Vortragsveranstaltungen waren ebenfalls von Presse - einschließlich Rundfunk-

journalisten besucht. Fast alle Veranstaltungen wurden von Journalisten/innen auf Band
 mitgeschnitten.

-2-

AN

VON

 R = Radio
 J = Interview

 PK = Pressekonferenz
 PM = Pressemittlung -2-

 FS = Fernschreiben
 F = Fernsehen

P = Presstetermin

 ↑ F = freier Journalist.
 P = Privataadresse



WANN
WO
WER
WAS

-2-

15.4.	J	für Münchener Stadtzeitung	Dr. Löser	Hr. Deubmann
16.4.	J	für Mittelbayr. Zeitung, Spalte "Im Gespräch"	Ch. Ching	Bärbel Vogel
16.4.	J	für Evang. Presse Bayern	Adele Ratt	Üb.Ev.Erw.bildung
17.4.	PK	Schwandorf, mit Landrat Schuirer und Bürger- initiativen	Faye Ahdemar	Regensburg, Hr.D.Web
17.4.	FS	Wackersdorf (Report filmt Teil der Andacht bei Franziskus Marterl)	FR/gl	3 Pressevertreter
17.4.	R-J	Kurzinterviews für Radio Shariwari, Regensburg	diverse	Hr.Höhne,Haidplatz
17.4.	R-J	Weißensstadt/Fichtelgebirge	diverse	84 Regensburg
17.4.	F	Weißensstadt, Fernsehaufnahmen		
18.4.	R-J	Radio Primavera, Aschaffenburg (für Hanau-Veranst.) (Aufnahme 15.4.88) Sendung 18.4. und 15.4. 14.30 Uhr	E.Schulz	Martin Blath Frohsinnstr. 26 875 Aschaffenburg
18.4.	PK	Nürnberg, mit Bund Naturschutz		11 Pressevertreter
19.4.	R-J	Radio F Nürnberg 94,5 MHz, Aufnahmen 18.4., Sendung 19.4. 20.30 Uhr	P. Esteves	
18.4.	R-J	Nürnberg, Zündfunk (?) des Bayr. Rdfk.	Dr. Löser +Kirchl.Entw. Dienst	
18.4.	P	Empfang mit Presse bei OB der Stadt Nürnberg		
19.4.	P	Gespräch mit Presse und Vertretern von Nukem und Alkem vor dem Werkstor in Hanau		3 Pressevertreter
19.4.	P	Gespräch mit Presse bei Prof. Oeser, Umweltbeauftragten der EKD und Brgmster-Jordan in Walldorf-Mörfelden		6 Pressevertreter
21.4.	P	Anhörung mit Presse bei den Grünen im Bundestag		
21.4.	R-J	Deutsche Welle (Sendung Richtung Nordamerika), Interview	J.Garrett	Alfred Schröder (F)Pressehaus, Bun destag, 215790
21.4.	R-J	WDR-Mittagsmagazin, Life 13.30-13.36 Uhr Dallmannstr. 14, WDR-Pressenhaus, Tel. 0228-2061	Dr. Löser	Fr.Grekeler/H.Res (Hr.Mogge(Köln,F))
21.4.		Kontakt mit WDR-Monitor (D: 0221-2203124/5) (P: -324308)	FR/gl FR/gl	E.Sieker, 5 K 1 Karolinger Ring 2 Kurt Rössel (F) T.0221-513020/29
21.4.		Kontakt mit Rhein. Journalistenbüro, 5 Köln (Autor des Beitrages über Australien in "Natur" 1/1988)		
22.4.	P	Empfang beim OB der Stadt Köln		
22.4.	R-J	Interviews für SFB, 1. Programm 26.4. 10-12 Uhr	A. Ratt F. Ahdemar	Elke Weymann (F) Feuerbachstr. 29 5 Köln 41 T. 0221-487246

-3-

AN

VON



WANN
WO
WER
WAS

-3-

23./24.4.	?	-nachzutragen-		
25.4.	P	Tübingen, Eröffnung der Hopi-Ausstellung		
25.4.	P	Anhörung mit Presse bei den Grünen im Landtag, Mainz	A.Ratt,	Martin Frenzel
25.4.	R-J	Interview für Linkrheinischen Rundfunk	G.Wippel	Walpodenstresse 65 Mainz
26.4.	P	Empfang bei OB der Stadt Mönchengladbach		Herr Frings
26.4.	P+F	2 Radioberichte(s.u.)	}	1 Fernsehkurzbericht WDR II aktuelle Std. 19-20Uhr
		Empfang bei OB der Stadt Düsseldorf		
		1 Fernsehkurzbericht WDR III, aktuelle Std. 19-20 Uhr		
26.4. (?)		Sendung bei Radio 100 in Berlin		Kontakt Richi Kel
26./27.4.	R	WDR I Kurzsendung 7.20-7.25 Uhr zum Thema Rheinbraun/Uran	Dr. Stüben/ Maderspacher (infoe)	
26.4.	PK	Presse (-Essen) bei Ev. Kirchenkreis Herne		
26.4.	P	Empfang mit Presse bei Brgmstr. von Rheine		
26.4.	R	Münster: Radio Münsterland		
26.4.	PK	Bochum mit Prof. Kaminsky und Hopis		
27.4.	PK/F	NL-Utrecht		12 Presseleute
27.4.	J	Interviews für freies Fernsehen (Utrecht)	F.Ahdemar A.Ratt,	
27.4.	PK	Osnabrück: mit Kolleg. Dritte Welt der Universität		
27.4.	P	Pressegespräch im Rathaus von Gütersloh		
29.4.	P	presseöffentl. Empfang bei OB der Stadt Göttingen		
28.4.	P	Interview an dpa-Vertreter	GfbV/Zülch, Wippel	
29./30.4.	P	Bandaufnahmen des Abschlußseminars und der Netz- werkgespräche		Inga di Mar-Wendna Bornstr. 20 2HH13,040-457609
29.4.	F	Hopi Life in WDR-ZAK Fernsehmagazin (Zeitgeschehen aktuell)	M.Harris + O. Tewa	über B. Mogge siehe 21.4.
<p>Hinweis : an mindestens 12 Journalisten/innen wurde auf Anforderung die Begleitmappe versandt. im April '88</p> <p>Hinweis : Pressekontakte <u>nach</u> der Aktion sind noch nicht enthalten , dsyf. bzgl. Pressemitteilungen</p>				

AN

VON